

Vortrag von Claudia Stamm auf der Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing „Auf der Flucht“ vom 27. Bis 29. November 2015

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Asyl und Flucht - wo fange ich da an? Ein so emotionales, ein so persönliches Thema. Ein Thema, bei dem die Politik, die große Politik seit Jahren selbst auf der Flucht war und immer noch ist! Es ist DAS Thema, das mich und wohl die meisten hier im Raum sehr bewegt! Ein Thema, bei dem man Haltung zeigen sollte und muss! Ein Thema - prima geeignet und doch das falsche, um Ängste zu bedienen, oder gar zu schüren.

Es berührt uns zu sehen – wie Flüchtlinge mit absolut zerschundenen Füßen in München ankommen beziehungsweise im September ankamen. Es rührt mich, wie eine Frau mit drei Mädchen Optimismus im Gesicht ausstrahlt.

Es berührt mich, wenn mir ein kleines Flüchtlingsmädchen – vielleicht um die fünf, sechs Jahre alt, ihre Puppe in der Plastiktüte zeigt und lacht – mich einfach anlacht – nach abertausenden und tausenden Kilometern, die sie hinter sich gebracht hat. Und ich mir nicht mal vorstellen kann, was sie alles mitgemacht hat.

Es rührt mich zutiefst, wenn ein Mädchen, dass bis auf die Knochen durchnässt war und wir sie mit trockenen Kleidern versorgen konnten, darauf besteht, mir ihren Spielzeugring zu schenken – obwohl sie selbst nichts von ihrem Zuhause mitnehmen konnte!

Oder eine Gruppe von drei jungen Männern, die am Boden sitzen, und sich über das Lunch-Paket in München freuen. Zwei von ihnen aus Damaskus sprechen perfekt Englisch und übersetzen für den dritten, der aus dem Süden Syriens kommt und kaum Englisch kann. Sie reden – ja ratschen mit mir – und sind fröhlich.

Ich bemerke, dass es gut ist, zu sehen, dass sie noch fröhlich sein können, nach all dem, was sie erlebt haben. Sie sagen: Ja, es ist schön, hier zu sein, raus aus Ungarn und dann senkt sich die Stimme und sie erzählen davon, dass sie Frau und Kinder zurücklassen mussten...

In der Haaretz, der großen israelischen Zeitung hieß es im September: „Sie seien jetzt die Deutschen und wir, die Deutschen, die Juden!“ Weiter schreibt der Autor, er schämt sich für sein Land – statt Flüchtlinge aufzunehmen, werden die Grenzen dicht gemacht. Überall – in allen internationalen Medien, ist die Rede von Deutschland, der großen Hilfsbereitschaft in Deutschland – von den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, der Spendenbereitschaft – ein ganz neues Bild von Deutschland entsteht. Ein neues Bild von Deutschland geht um die Welt.

Doch wer erzeugt dieses Bild? Nicht die Politikerinnen und Politiker aus Bund und Land, sondern die Menschen, die Freiwilligen, die Hauptamtlichen an der Basis. Von unten entsteht dieses Bild. Die Politik hinkt hier so richtig der Hilfsbereitschaft hinterher. Die Politik duckt sich weg – und ist selbst auf der Flucht!

Seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten übernehmen unzählig viele Ehrenamtliche – landauf, landab die Arbeit, wohlgerne die staatliche Arbeit. Und damit meine ich nicht, wenn der Staat seiner Aufgabe, seiner Verantwortung nachgekommen wäre, wäre das Ehrenamt überflüssig gewesen. Nein. Sondern die Ehrenamtlichen hätten gut die staatliche Aufgabe unterstützen können! Und wären jetzt, wo wir wirklich ganz andere Zahlen haben, nicht schon sehr beansprucht von dem jahrelangen Beraten und Unterstützen bei Behördengängen usw. Trotzdem: Die Ehrenamtlichen – so erfahre ich immer wieder – sind nicht am Ende. Sie fühlen sich – zumindest größtenteils – nicht überfordert!

Ein Grund „stolz“ zu sein? Auf Deutschland, auf Bayern? Ich nehme den Begriff „stolz sein“ selten bis gar nicht in den Mund – schon gar nicht im Zusammenhang mit Deutschland. Doch es ist ein Grund stolz zu sein! Auf dieses Gefühl, dass viele, viele Menschen den ankommenden Flüchtlingen vermitteln, aber auch das, was die zigtausenden Ehrenamtlichen bereits die ganze Zeit im Flüchtlingsbereich leisten. Darauf kann, und ich finde, man muss sogar stolz darauf sein.

Statt unionsintern einen Streit vom Zaun zu brechen, sollte sich die Regierungspolitik ein Beispiel an den vielen helfenden Menschen nehmen und handeln, endlich pragmatisch handeln! Und vor allem auch die kommunale Ebene und die Ehrenamtlichen entlasten bzw. hätte sie schneller entlasten müssen – mehr entbürokratisieren!

Natürlich ist es ein Kraftakt auf einmal so viele Menschen aufzunehmen, und natürlich müssen da alle zusammenstehen – deswegen umso wichtiger: Kein internes Parteiengplänkel auf Kosten von anderen!

Natürlich hat der Politiker recht, der sagt, dass diese „Zuwanderung“ unsere Gesellschaft verändert. Was er und all die anderen Jammerer dabei verschweigen, ist:

Wir haben etwas mit dieser Zuwanderung zu tun. Unser Lebensstil, unsere Lebensweise – unser Wohlstand fußt auf Kosten Afrikas. Unsere Rüstungsexporte helfen anderen gegen Menschen Krieg zu führen, so dass diese gezwungen sind, ihr Herkunftsland zu verlassen. Beides wird mir viel zu wenig thematisiert – und damit meine ich jetzt keine Parteipolitik – quer durch die Parteien.

Und meine sehr verehrten Damen und Herren, neuerdings ist oft die Rede davon, dass wir Fluchtursachen bekämpfen müssen! Ja genau - doch was heißt das denn? In der Diskussion kommt dann gleich als nächstes, der Zusatz, dass man die Flüchtlingslager in den Nachbarländern stützen müsse – Das ist ja wohl der Hohn! Der Hohn schlechthin!

1. haben die Vereinten Nationen monatelang darauf hingewiesen, dass das Geld, das sie haben, nicht reicht, um die Menschen in den Lagern einigermaßen anständig zu ernähren!! Monatelang!

und

2. und das finde ich wirklich unglaublich. Da ist doch wirklich was falsch in der Argumentation, wenn ich von der Bekämpfung der Fluchtursachen spreche und damit meine, dass ich verhindern will, dass geflüchtete Menschen sich auf den Weg nach Europa machen. Dass, liebe Gäste, zeigt doch wie Europa-,

wie Deutschland-zentriert unsere Sichtweise ist. Menschen davon abzuhalten, dass sie aus den riesigen Flüchtlingscamps in den Nachbarstaaten der Krisengebiete nicht weiter fliehen, ist NICHT Fluchtursachen bekämpfen.

Fluchtursachen bekämpfen ist NICHT den Vereinten Nationen WIEDER mehr Geld zu geben, damit die Menschen in den Camps vielleicht eine Chance haben, satt zu werden! Fluchtursachen bekämpfen ist nicht leicht und eine große Aufgabe! Es würde nämlich eine radikale Abkehr von unsere Weise zu Wirtschaften bedeuten und es würde bedeuten, dass wir Abstand von Rüstung als einen lukrativen Wirtschaftszweig nehmen müssten – und das in Bayern!

Die Gründungsjahre der Grünen waren bestimmt von der Idee des Selbst-Bestimmungs-Rechts der Völker. Die Politik der Industriestaaten ist seitdem immer an deren eigenen Nutzen orientiert gewesen. Wir brauchen eine Rückkehr zu einer Politik, die als Ziel ein solidarisches Miteinander der Menschen hat – der Gedanke der Eine-Welt-Politik muss im Vordergrund bei uns stehen.

Niemand verlässt sein Zu-Hause gern. Niemand macht sich auf diesen gefährlichen, lebensbedrohlichen, teuren Weg, um eventuell in Deutschland etwas mehr Taschengeld oder Sozialleistung zu bekommen. Das ist eine Mär!

Im Sommer habe ich eine wirkliche beeindruckende Rede eines Vertreters der Chemieindustrie gelesen. Darin sagte er, die Unterscheidung zwischen Wirtschafts- und Kriegsflüchtlings mache wenig Sinn --- spätestens dann sollten alle, die das so gern bisher hernehmen als Einteilung, als Kategorien, zumindest innehalten und noch mal über ihre Worte nachdenken, und damit nicht der Politik Vorschub leisten, die in ihren Auswirkungen absolut absurde Folgen hat!

Und ja, Deutschland verändert sich – Bayern verändert sich!

Im Sommer musste ich einmal quer durch Oberbayern fahren, über kleine Straßen – überall waren Menschen mit schwarzer Haut zu sehen: auf den Marktplätzen noch so kleiner Orte und auf dem freien Feld. Ein Bild, das in dem klassischen Einwanderungsland: in den USA, absolut gang und gäbe ist. Ja, wir müssen uns daran gewöhnen und wir müssen endlich mit Haut, Haar und jeder Faser akzeptieren, dass wir ein Einwanderungsland sind. Im Moment wohl sogar DAS Einwanderungsland – zumindest spüren wir eine Sehnsucht der Flüchtlinge nach Deutschland, nach Deutschland zu kommen – weil sie hier Arbeit und Sicherheit vermuten, und nicht weil sie irgendeine Sozialleistung in Anspruch nehmen wollen!

Im Übrigen nebenbei bemerkt: Wir brauchen Zuwanderung. Zahlen einer Bertelsmann-Stiftung zufolge haben wir im Jahr 2050 20 Millionen Menschen weniger und bei den Erwerbstätigen sogar 40 Prozent weniger.

Aber auch in der Vergangenheit profitierte Deutschland von Zuwanderung: Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung rechnete aus: Im Jahr 2012 zahlte jeder in Deutschland lebende Ausländer im Schnitt 3300 Euro mehr als er an staatlichen Leistungen empfing.

Das heißt, wir brauchen Zuwanderung.

Wir brauchen Auszubildende. Deswegen muss ein klarer Aufenthaltstitel für Azubis her – und unsere Berufsschule muss sich verändern, Crashkurs in Deutsch und kulturellen Eigenheiten Deutschlands. Berufsschulen müssen auch für Ältere zugänglich sein. Es ist in unserem Interesse, dass die Zuwandernden eine Perspektive haben, damit sie sich integrieren, Hoffnung schöpfen können und nicht Opfer von fehlgeleiteten Ideologien sind. Es ist in unserem Interesse, Flüchtlinge und Zuwanderer schneller in das Arbeitssystem zu bringen.

Ein weiteres Beispiel für Politik auf der Flucht: Die Arbeitgeber fordern schon lange, die Vorrangsprüfung ganz abzuschaffen. Sie wissen um die Realität in den Betrieben.

Sichere Herkunftsländer? Ist es sicher? wenn eine UNICEF Studie besagt, dass Roma-Kinder eine um ein Drittel geringere Chance haben, das erste Lebensjahr zu überstehen. Und wie sieht es eigentlich mit unserer Verantwortung, mit der deutschen Verantwortung Roma und Sinti gegenüber aus? Erster Schritt muss sein, endlich richtig Druck aufzubauen, und die Herkunftsländer zu zwingen, mehr für die Sicherheit der Roma und Sinti zu tun, ihnen ohne weiteres Bildung zu ermöglichen. Das wäre die richtige Reihenfolge – auch wenn ich die Nöte der lokalen, der kommunalen Ebene hier verstehe.

Deutschland braucht Zuwanderung. Und Deutschland ist ein Zuwanderungsland. Das müssen und sollten wir akzeptieren. Deswegen brauchen wir eher gestern als morgen ein Gesetz, das Zuwanderung regelt, ermöglicht und willkommen heißt! Seit 14 Jahren gibt es die Vorschläge der Süßmuth-Kommission für ein Einwanderungsgesetz! Es ist Zeit, ein solches Gesetz endlich ein- und umzusetzen!

Jetzt, ganz aktuell wird derzeit viel über „Kontingente“ geredet. Auch die Kanzlerin sprach in der Haushaltsdebatte gerade über „legale Kontingente“. Nach der Debatte um die „Transitzonen“ führt die Große Koalition jetzt die nächste symbolische Debatte um „Flüchtlingskontingente“. Laut Presseberichten gibt es angeblich (Tagesspiegel vom 25.11.2015) sogar einen „Konsens über Kontingente“ – bis in die Reihen der Grünen.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, es gibt ja nicht einmal einen Konsens darüber, was mit Kontingenten gemeint ist! Und das glaube ich wiederum kennt keine Parteilinien, sondern geht quer durch die Parteien: Wenn aktuell von Kontingenten gesprochen wird, meint jede und jeder etwas fundamental anderes. Einige aus der Union und SPD wollen Kontingente als Alternative zum individuellen Asylrecht – auch wenn das meist nicht klar gesagt wird. Sie benutzen Kontingente als neues Synonym für Obergrenzen.

Einer, der das deutlich formuliert hat, ist der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages, Heveling von der Union: „Die Einführung von Kontingenten bedeute ... die Einrichtung einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen.“ Insoweit dient die Diskussion demselben Ziel wie die ständige Seehofer-Forderung nach dem offiziellen Ausrufen einer Obergrenze - nur mit einem Synonym. Kontingente – ja, und hätte es schon längst geben müssen!

Also weniger Politik auf der Flucht und mehr Kontingent, damit es sichere Fluchtwege geben kann! Also auch als Ergänzung zum individuellen Asylrecht. Das ist ein fundamentaler Unterschied. ((Kontingentaufnahmen ergänzend zum Asylrecht

hat es in Deutschland auch in der Vergangenheit gegeben, beispielsweise von syrischen Flüchtlingen aus den Anrainerstaaten oder im Rahmen des „Resettlements“, also der Neuansiedlung von anerkannten Flüchtlingen in einem Drittstaat, unter Regie des UNHCR.))

Eine Kontingentaufnahme ist ein sinnvolles Instrument für einen sicheren legalen Zugang nach Europa. Denn es erspart den Menschen die lebensgefährliche Route über die Ägäis. Also: Kontingentaufnahmen ersetzen nicht das individuelle Asylrecht. Das Recht jeder und jedes Einzelnen auf eine faire Prüfung seines Asylbegehrens ist weiterhin zu gewährleisten.

In der Debatte um Kontingente in der Großen Koalition versucht man nun einen Begriff zu kapern und in sein Gegenteil zu verkehren, den eigentlich positiv im Sinne von sicheren Fluchtwegen gemeint war. Damit wird die Tatsache verschleiert, dass die von der CDU/CSU mit der so genannten „Kontingentlösung“ gewünschte Begrenzung des Flüchtlingszugangs nur erreicht werden könnte, wenn gleichzeitig die Grenzen geschlossen und Schutzsuchende oberhalb des Kontingents abgewiesen würden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir von Obergrenzen, Kontingenten in diesem Sinne reden, und dafür faktisch geschlossene Grenzen brauchen, müssen wir immer gleich fragen, was bedeutet das für Europa? Für die Wertegemeinschaft Europa? Aber vor allem – und das konnte mir noch niemand beantworten: Wie sicher wer die Grenzen? Das Militär? Und wird das Militär dann letztendlich auch auf Frauen und Kinder schießen, wenn sie eigentlich geschlossene Grenzen überschreiten?

Diejenigen, die sich jetzt in der Koalition für Kontingente aussprechen, bleiben eine Antwort auf die Frage schuldig, wie Schutzsuchende, die außerhalb bzw. oberhalb des Kontingents liegen, ihren Anspruch auf ein faires Asylverfahren geltend machen sollen.

Mit der Auflage von Kontingenten allein kann man sich nicht aus der Verantwortung rauskaufen. Weder wird sich dadurch etwas an den Fluchtursachen noch an der mangelnden europäischen Solidarität ändern, dass man zu einer bestimmten Zahl von Flüchtlingen großzügig ist und alle anderen sich selbst überlässt. Damit würde de facto die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) außer Kraft gesetzt. Wer Deutschlands Grenze erreicht, hat das Recht auf Prüfung seines Schutzbegehrens auf Schutz vor Zurückweisung. Dies garantieren Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK).

Die Welt, Europa, ja und Bayern ändern sich! Die Wählerschichten verschieben sich, Stammwähler erodieren von Rot, Roter, Schwarz, Grün und zur inzwischen größten Partei, der **Nichtwählerinnen und Nichtwähler**. Die alten Zuordnungen stimmen nicht mehr! Die CDU räumt sozialdemokratische und grüne Positionen; die CSU sucht mit blindem Aktionismus und teilweise übler Rhetorik die Wähler von Franz Josef Strauß—und die, falls es sie noch gibt, suchen Franz Josef Strauß!

Beim Thema Asyl trifft das erst recht zu: Die Grenzen erodieren... es ist wohlfeil auf die CSU zu schimpfen, die haben ihr „C“ nicht im Namen verdient, das haben sie

nicht...und da freue ich mich über so viel geistliche Unterstützung in den letzten Wochen in der Kritik an dem Reden und der Rhetorik einiger wichtiger Politiker in der CSU.

Fakt ist aber auch, die Risse gehen quer durch alle Parteien. Hier und da die Kommunalpolitikerinnen und -politiker, die jammern oder schreien. Hier und da die Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus ALLEN Parteien, die ihre Arbeit machen, die ihre Arbeit gut machen – die, die „Mut machen“!

Ihnen allen, denjenigen, die Arbeit vor Ort machen, gebührt der große Dank. Danke allen, die sich den Angstmachern quer stellen, entgegenstellen.

„Wir schaffen das!“ Wer sonst, wenn nicht wir? Wir haben einen Wiederaufbau nach dem Krieg hinter uns, haben die Nachkriegsflüchtlinge integriert, haben eine zusammenbrechende Volkswirtschaft mit 17 Millionen Einwohner volkswirtschaftlich aufgefangen.

- übrigens trotz der hermetischen Abschottung der Grenzen mit Zäunen, Selbstschussanlagen etc.
- und wer hat die Erfahrung, dass auch das nichts nutzt? Ja, WIR!

Die Flüchtlingsdiskussion ist weder der Beginn der Veränderung noch das lösbare Ende, sie ist der fühlbare, schmerzhafteste Prozess einer tiefer liegenden Veränderung der Gesellschaften, und der Zwang endlich den gesellschaftlichen Wandel zu akzeptieren, und in unsere politische Konzepte aufzunehmen.

Aufbruch bedeutet Neues aufzunehmen, Neues zu gestalten, Vorstellungen für die Zukunft zu entwickeln, sich den **Herausforderungen zu stellen**, und daraus eine politische Konzeption zu entwickeln. Das ist unsere Aufgabe – das wäre unsere Aufgabe als Politik!

Tut mir leid, ein bisschen parteipolitisch muss ich jetzt doch werden: Ich bin ja haushaltspolitische Sprecherin – und bei der ersten Lesung dieses Nachtragshaushaltes – in dem wirklich endlich viel Geld steckt, um die Herausforderungen, die ich gerade benannt habe, meistern zu können, und dabei auch die Ehrenamtlichen zu entlasten oder auch die Schulfamilien vor Ort – die bisher Großartiges geleistet haben.

Also, endlich setzt die Partei, die an der Regierung ist, Geld in den Bereich – übrigens Geld, das natürlich auch als Konjunkturprogramm wirkt – im Gegensatz zu den Milliarden über Milliarden, das wir in die Bankenrettung gesteckt haben – nicht zuletzt auch um hier, in Bayern, Milliarden, mit denen wir die Folgen des Größenwahns einer Stoiber-Regierung lindern mussten!

Also, ich war beim Nachtragshaushalt für das Jahr 2016: Was haben wir da für eine bei der ersten Lesung im Landtag erlebt? Einerseits einen scheinbaren Paradigmen-Wechsel bei der CSU! Die Zahlen, das Geld, das in den Bereich Asyl und Integration fließt, da könnte man einen Paradigmen-Wechsel ablesen: Endlich – zwar viel zu spät – aber endlich nötige Mittel in vielen Bereichen der Flüchtlingsarbeit! Und gleichzeitig gab es im hohen Haus die übliche Polemik, das übliche Spalten: Rentner

gegen Flüchtlinge, Zoll-Verwaltung gegen Asyl-Verwaltung, Studierende gegen Flüchtlinge, Mietpreisbremse gegen mehr Wohnraum für Flüchtlinge. Deswegen habe ich mein Gegenüber in der CSU aufgefordert, sich **ein Beispiel an ihren Zahlen zu nehmen, an den Gegebenheiten, am Tun der Zivilgesellschaft und nicht länger zu spalten!**

Zwischendurch, sehr geehrte Damen und Herren, hatte ich, hatte man das Gefühl, dass das Bild von dem kleinen toten Jungen am Strand im Sommer, das um die Welt ging, die Diskussion verändert – nachhaltig verändert! Dass die Politik das große Spalten unterlässt. Seitdem gab es viele tote Kinder, Bilder von ihnen vor der griechischen Insel Lesbos. Seitdem gibt es Bilder von Kindern und Frauen, die an den Grenzen auf dem Balkan nicht mehr durchgelassen werden – seitdem scheint sich so manch einer an vieles gewöhnt zu haben.

So bleibt mir weiter an die Zivilgesellschaft zu glauben, auch gerade an die Jugend. Die Jugendlichen Europas organisieren sich, machen sich auf den Weg an eine der Grenzen Europas, um dort vor Ort Geflüchteten etwas Warmes zu Essen, zum Anziehen und vor allem auch menschliche Wärme zu geben. Wenn Europa funktioniert, dann von unten, aus der Mitte heraus – oft aus der jungen Mitte heraus. Die Institutionen haben bisher versagt.

Als ich selbst das erste Mal in Kroatien an der Grenze war – miterlebt habe, wie Menschen an einem Grenzübergang übernachten mussten, Familien, Kleinkinder, Schwangere – und natürlich auch junge Männer – etwa 2000 – ohne irgend etwas über dem Kopf, ohne einen Wasserhahn oder eine Toilette, da war nur eine Frage in meinem Kopf: **Wo bist du Europa?**

In diesem Sinne – und ich weiß, dass das mit Anstrengung unsererseits und der Menschen, die zu uns kommen verbunden ist! In diesem Sinne kann ich mir nur dem Wunsch meiner jüngeren siebenjährigen Tochter anschließen:

Den Wunsch, den sie beim Anzünden einer Kerze im Sommerurlaub formuliert hatte:
-- Dass es den Flüchtlingen in Europa gut geht!

Danke!